Die Posener Zeitung erscheint täglich mit Ausnahme Montags.

Bestellungen nehmen alle Post-Anstalten des In- und Auslandes an.

Posener Zeitung.

Das Abonnement beträgt vierteljährl. für die Stadt Posen 1 Rthlr., für ganz Preußen 1 Rthlr. 7 sgr. 6 pf.

Insertionsgebühren 1 sgr. 3 pf. für die viergespaltene Zeile.

№ 44. Donnerstag den 22. Februar. 1849.

Inland.

PC Berlin, den 17. Febr. [Die österreichische Note.] Mit wahrer Selbstverleugnung hatte die Preußische Regierung in ihrer Note vom 23. Januar den Angelegenheiten des Vaterlandes ihre Dienste gewidmet und insbesondre der Eigenthümlichkeit österreichischer Staatsverhältnisse mit einer Pietät und Gewissenhaftigkeit gedacht, welche der alten deutschen Treue, von der in Liedern gesagt und gesungen ist, ein neues unvergängliches Denkmal aufrichtete. Jetzt hat Oesterreich gesprochen und mit einer grenzenlosen Anmaßung unsrer preußischen Bescheidenheit, mit einem Befehlshaberton unsren preußischen Vorschlägen, mit einer vaterlandsvergessenen Rücksichtslosigkeit unsrem Patriotismus geantwortet! Auch Pietät und Anhänglichkeit können übertrieben werden. Namentlich ein Volk von 16 Millionen soll sich nicht ungestraft hänseln und demüthigen lassen. Das Volk Friedrichs des Großen kann verlangen, daß seine Regierung ihm Achtung verschaffe, und wir könnten den jetzigen Ministerpräsidenten erinnern, daß ihn Breslau zur ersten Kammer gewählt hat. Es ist Zeit, daß der altpreußische Stolz erwache! Jetzt drückt er keinen minder mächtigen, sondern er tritt frevlem Uebermuth entgegen und vertritt gleichzeitig das große ganze Deutschland, dem dieses Oesterreich Gesetze vorschreiben will. Das Vaterland wird es uns Dank wissen, wenn wir uns jetzt Oesterreich gegenüber als das alte Preußen des alten Fritz zeigen. —

Oesterreich gegenüber! Gott weiß es und die preußische Note redet laut genug, daß wir nicht gebrochen haben, sondern Oesterreich. Die ganze österreichische Note Satz für Satz ist eine Verwerfung Alles dessen, auch des Allerbilligsten, was die preußische Note vorschlug. Zunächst hat unsre Regierung vorgeschlagen, daß die übrigen deutschen Regierungen nicht das Recht der Mitwirkung, welches sie sich bei Festsetzung der deutschen Verfassung zusprechen, auf die Spitze treiben möchten. Es ist gar unweise von unsrer Presse gewesen, dem preußischen Vorschlag zur Verständigung den Namen „Vereinbarung" aufzudrängen. Nachdem die österreichische Note bekannt geworden ist, wird wohl der Unterschied einleuchten. Oesterreich treibt jenes Recht auf die Spitze und wirft der Reichsversammlung und dem Ministerium Gagern den Fehdehandschuh hin. Doch gleichzeitig auch der preußischen Regierung. Diese wünscht in ihrer Note, daß vor der 2ten Lesung der Reichsverfassung jede Regierung ihr Votum abgeben solle, was dann seinen gebührenden Einfluß auf die 2te Lesung üben müßte. Oesterreich verwirft diesen preußischen Vorschlag, und fordert, daß nach der 2ten Lesung, also nach Beendigung der Parlamentsverhandlungen, die 37 Regierungen das letzte Wort reden sollen, von denen übrigens 31 wenigstens von Oesterreich gern beseitigt worden wären, wenn Preußen nicht an der Deutschen Treue festgehalten hätte!

Die preußische Note verlor das Ziel der deutschen Nation nicht aus dem Auge und stellte mit Gagern übereinstimmend in Abrede, daß, wenn Oesterreich nicht an dem Bundesstaat theilnehmen könne, deshalb noch nicht zum bloßen Staatenbunde zurückzukehren sei, sondern daß dann Deutschland seinen Staat erhalte und im Bunde mit Oesterreich bleibe. Die österreichische Note verwirft die preußischen Ansichten und Gagern's Programm; Oesterreich kann an dem Bundesstaat nicht theilnehmen, deshalb dürfe Deutschland gar keinen Staat errichten, sondern solle immer und ewig getheilt bleiben, außer dem Fall, daß wir uns Alle den Kaiser von Oesterreich zum Oberhaupt setzten! Die Preußische Note hat diesen Uebermuth vorgesehen und zum Voraus festgestellt, daß Preußen und Deutschland nicht dulden werde, wenn Oesterreich Rechte in Anspruch nehmen wolle, denen nicht die gehörigen Pflichten entsprächen.

Man muß es sich klar machen, was diese österreichische Note bedeutet. Wenn das übrige Deutschland sich Gesetze vorschreiben läßt, was doch unzweifelhaft nicht geschehen wird, so sind wir Preußen dann auf uns angewiesen. Preußen ist aber durch die österreichische Note Schritt für Schritt, Wort für Wort ins Angesicht geschlagen. Es ist keine Vermittlung möglich zwischen der österreichischen und der preußischen Note, zwischen Preußen und Oesterreich. Es wäre sogar um unsere Ehre gethan, wenn wir vermitteln wollten; der wäre ein Verräther an Preußen, der hier vermitteln wollte. Wir müssen das Feld behaupten oder Oesterreich. Das übrige Deutschland wird entscheiden, ob es zu Preußen oder zu Oesterreich stehen will; ob es für die preußische Verständigung oder für die österreichische auf die Spitze getriebene Vereinbarung sein wird, ob es den deutschen Staat verloren giebt oder unerschütterlich an den Hoffnungen unsrer Nation festhält.

Aber nicht allein an Höfen und in Kabinetten, nicht allein in der Reichsversammlung fallen die Würfel. Hier giebt es eine große Erhebung aller Gemüther. Hie Preußen, hie Oesterreich! Tausendstimmig muß in deutschen Gauen sich der Ruf erheben. Namentlich aber in Preußen muß es sich mächtig regen. Es sollen Schlachten der Geister den Kampf ausfechten, den Kampf zwischen Oesterreich und Preußen, der nichts Andres ist, als ein Kampf zwischen dem alten Deutschland und dem neuen Deutschland. Friedrich der Große sei die Losung: Wahrlich, wahrlich, wir haben den Kampf nicht gewollt; aber wenn Oesterreich uns den Handschuh hinwirft, wir sind nicht die Feiglinge, ihn liegen zu lassen. Es gemahnt uns an Roßbach; dort stand aber neben Oesterreich noch das alte heilige römische Reich und unser alter Fritz trieb sie zu Paaren! heute steht Oesterreich gegenüber, neben den Enkeln des großen Friedrich das neue deutsche Reich und wir sollten zagen? Doch es soll zum Bruderkrieg nicht kommen. So sanft und demüthig möge Preußen am 23. Januar zum letzten Male geredet haben. Nun und nimmer wieder! — Wir greifen heraus, daß die preußische Note so gutmüthig und selbstvergessen von Oesterreich aussagte, daß es „die erste Macht des Bundes" wäre. Die österreichische Note schreit nun aller Welt in die Ohren, daß Oesterreich die „erste deutsche Macht sei. Das ist aber, abgesehen von der in der Preuß. Note enthaltenen Artigkeit, eine renommistische Lüge. Oesterreich die „erste deutsche Macht"? Wie viel ist denn Deutsch an Oesterreich? Sieben Millionen! Baiern hat beinahe fünf; Preußen — nahe an sechszehn! — Oesterreich hatte den Vorsitz am Bundestage; doch der Bundestag hat aufgehört. In der provisorischen Centralgewalt hat nicht Oesterreich, sondern ein edler Prinz, der immer „vor Allem ein Deutscher gewesen ist", die Macht. Man bemißt den Rang der Deutschen Staaten nach ihren Leistungen; Oesterreich stellt zum Bundesheer 3 Armee-Corps, Preußen bis 1848 auch drei. So war es also vor dem Jahr 1848 zweifelhaft, wer mächtiger sei, Preußen oder Oesterreich. Doch im April 1848 ist außer dem Deutschen Posen das alte Königreich Preußen noch obenein zu Deutschland geschlagen. Da muß denn doch der alte Zweifel aufhören. Denn wer es noch nicht weiß, der mag erfahren, daß Deutschland dadurch um so viel größer geworden ist, als die 2 Königreiche Würtemberg und Hannover und das Großherzogthum Oldenburg zusammenbetragen! Wenn die Höfe und Kabinette, ja sogar die Zeitungen immer noch Oesterreich den Vorrang vor Preußen geben, so ist das eine leere Förmlichkeit.

Doch wenn Preußen ohne jenes Königreich, welches so groß ist, als Hannover, Würtemberg und Oldenburg zusammen, schon mit Oesterreich so ziemlich gleichstand, dann ist wohl eine der lächerlichsten Prätensionen, daß Oesterreich sich selbst als die „erste Deutsche Macht", als die „erste Macht im Bunde" ausruft.

Wir müssen jetzt uns zusammennehmen; unsere Ehre und das Heil Deutschlands fordern, daß wir den schwarzgelben Hochmuth zurechtweisen.

Aber vor Allem unsere Kammern! O dürften wir erwarten, daß da die Mehrzahl im ächten Sinn des Wortes „Preußisch" sein, und unser Volk, das da repräsentirt ist, nicht im Stiche lassen, sondern in unserm Namen stolz und kühn auftreten, auch nicht sich scheuen wird, offen zu bekennen, daß, wenn die Deutsche Nation ihrem Streben treu bleibt, Preußen gern und freudig sich die Kaiserliche Krone auf das Haupt setzt.

Charlottenburg, den 18. Febr. Se. Majestät der König waren seit einigen Tagen an einem Schnupfenfieber leidend und mußten in Folge dessen kurze Zeit das Bett hüten. Allerhöchstdieselben befinden sich aber heute wieder ganz wohl.

Berlin, den 18. Februar. Wie es heißt, wird Se. Maj. und der Königl. Hof noch lange nicht das Schloß in Berlin beziehen, dagegen aber bleibt der Prinz von Preußen mit der Prinzlichen Familie hier. Einiges Aufsehen machte es, daß der letztere die kleine Sackgasse zwischen seinem Palais und dem nächsten Hause seit gestern mit einem absperrenden Gitter hat versehen lassen. Die Vermuthungen über diese Maßregel sollen jedoch, so weit sie laut geworden, sämmtlich auf falschen Voraussetzungen beruhen, der eigentliche Grund aber der sein, daß in jener Gasse unter Anderem zu verschiedenen Malen Diebsgesinden aufgegriffen worden ist und andere Personen aus derselben verjagt wurden, welche vor den prinzlichen Fenstern Invectiven aussprachen. In der Stadt hieß es freilich gestern allgemein, der Prinz v. Prrußen habe sein ganzes Palais mit Eisengittern umgeben lassen.

Gestern war der Oberkommandeur der Truppen in den Marken, General v. Wrangel, zu einer goldenen Hochzeit gebeten und erschien auch wirklich zu der Feier in der Werderschen Kirche. Das Wetter war schön, das Publikum in großer Masse versammelt und der General wurde mit freudigem Hurrah begrüßt. Das greise Brautpaar fühlte sich sichtbar hochgeehrt, besonders als der General die greise Jubilarin, eine wahrhafte Baucis, umfing und küßte. Wohl eine Folge dieser gestrigen Scene war es, daß heute der General bei seinem Kirchgange von einer großen Volksmasse nach dem Schlosse zurückbegleitet wurde, und dort ein donnerndes Hurrah empfing, wozu freilich Mancher scheel gesehen hat. — Die Bürgerwehr hat hier wieder einen Kampf zu bestehen. Diejenige Partei, welche von Anfang an gegen diese Bürgerbewaffnung war, hat sich jetzt mit einer Adresse erhoben, welche darum bittet, die Bürgerwehr nicht wieder zu organisiren. — Adressen für Beibehaltung des Belagerungszustandes, für Auflösung oder Vertagung der Kammern 2c. sind ebenfalls im Umlauf; auch viele andere der Gegner. Alle finden Unterzeichner und heben damit ihre Wirkung gegen einander auf. (Schles. Ztg.)

Berlin, den 18. Februar. Am gestrigen Tage hatten unsere gesammten Polizeibeamten den Befehl erhalten, die Vorgänge auf den Straßen, namentlich am Abend, genau zu beobachten. Eben so waren besondere Befehle den Truppen für diesen Tag zugegangen. Die Veranlassung zu diesen Maßnahmen war eine der Polizeibehörde gemachte Mittheilung, es sollten am Abend des gedachten Tages durch Fackelzüge von Arbeitern Straßen-Exzesse herbeigeführt und in der darauf folgenden Nacht eine Bartholomäusnacht gefeiert werden. Daß die Behörde Präventiv Maßregeln ergreift, ist erklärlich, daß aber so vage Gerüchte sie hierzu veranlassen, ist minder begreiflich. Es scheint übrigens hier am Orte zu sein, um das durch die Neue Preußische Zeitung verbreitete Gerücht von der Beschlagnahme einer ambulanten Barrikade, gespickt mit Pulver, Schwefel und Pech, bei einem Einwohner durch die Polizei, für eine Lüge zu erklären.

— In einem kürzlich beim Kammergericht zur Verhandlung gekommenen Rechtsstreit kam die Frage zur Erörterung, ob durch die Gleichberechtigung aller Stände auch die Strafe für Anmaßung des Adels als aufgehoben zu erachten sei? Der Vertheidiger führte aus, daß Anmaßung des Adels nur als Führung fremden Namens zu erachten und mit 5 Rthlr. zu bestrafen sei. Eine Entscheidung ist bis jetzt nicht erfolgt.

CC Berlin, den 19. Februar. Der Belagerungs-Zustand, dessen Aufhebung vor Eröffnung der Kammern allerdings beabsichtigt wurde, wird auf unbestimmte Zeit verlängert bleiben, da Nachrichten so bedenklicher Art eingelaufen sein sollen, daß ein Aufheben desselben wie ein Verrath am Vaterlande erscheinen würde.

Vorgestern Abend wurden hier zwei Vorversammlungen zu den Nachwahlen für die 2. Kammer polizeilich aufgehoben, aus welchem Grunde, ist uns nicht bekannt geworden.

Bei der Tags vorher stattgehabten Versammlung des 3. größern Wahlkreises trat auch Jung als Candidat auf. Seine Rede erntete so großen Beifall, daß man sogleich über ihn abstimmen wollte, was aber auf den Antrag des Dr. Spiekermann unterblieb. — Dennoch hat Hr. Jung, für den 115 Stimmen sich entschieden haben, wenig Aussicht; vielmehr schwankt die Wahl zwischen Bruno Bauer, Koch, Stadtgerichts-Direktor aus Neisse und Löwe aus Kalbe. Der erste Wahlbezirk hat sich für Simon aus Breslau entschieden.

Vorgestern verlangten 3 sogenannte Rehberger bei dem Schloßhauptmann, Grafen Arnim, vorgelassen zu werden, sie kämen im Auftrage von 250 Menschen, die sämmtlich nach Californien auswandern wollten, und den Grafen Arnim bei seiner bekannten Wohlthätigkeit um Reisemittel bäten. Abgewiesen baten die 3 Bittsteller wenigstens um Vergütung der Zeitversäumniß, d. h. des Arbeitstages, wie das im vergangenen Sommer doch immer der Fall gewesen. Auch hierin abgewiesen, begaben sie sich in die Küche, der Dienerschaft vorredend, der Graf habe befohlen, daß man sie bewirthe, und trieben den Unfug so weit und so lange, bis sie gewaltsam entfernt wurden.

In Betreff unserer neulichen Mittheilung über die Hansemannsche Zeitung geht uns aus glaubwürdiger Quelle die Berichtigung zu, daß das kontraktliche Minimum der Zeichnungen von 80,000 Thlr. schon vor dem 1. d. M. überschritten war.

Berlin, den 20. Febr. Aus Münster ist gestern die betrübende Nachricht von dem dort am 17ten d. M. Nachm. 4 Uhr erfolgten Ableben Sr. K. H. des Prinzen Friedrich Wilhelm Waldemar hier eingegangen. Der verewigte Prinz hat ein Alter von $31\frac{1}{2}$ Jahren erreicht (er war am 2. August 1847 geboren) und seinen Tod, zufolge eines Sturzes vom Pferde und eines damit verbundenen schweren Rippenbruches, in Münster, wo er seit beinahe Jahresfrist residirte, gefunden. Seine Sittenfreundlichkeit; sein Sinn für das Gute und Schöne, wie seine große, auch von dem mustergültigen Auslande gewürdigte Ritterlichkeit und Tapferkeit sichern ihm ein herrliches Andenken und lassen nur seinen frühen Hintritt auf das Tiefste beklagen. Des hingeschiedenen Prinzen steter Drang nach der Erweiterung seines umfangreichen tiefen Wissens, sowie der Bewährung seines ächten Heldenmuthes, ließ ihn eine große Reise nach dem Britischen Ostindien unternehmen, wo er die Gefahren des Britischen Heeres am Sutledsch gegen die Seikhs theilte und hier mit seiner Umgebung so ruhmvoll focht, daß ihm die aufrichtige, ungeheuchelte Anerkennung des Britischen Oberfeldherrn und später die gewiß seltene Auszeichnung der Verleihung des Großkreuzes des militairischen Bathordens zu Theil wurde. Noch bei seiner letzten Anwesenheit in England und Schottland (vor etwa zwei Jahren) erfreute sich der verewigte Prinz der freudigsten Aufnahme. — Wenn

schon das frühe Ende eines reichbegabten Charakters betrüben muß, so wächst diese Betrübniß Angesichts des erlauchten Vaters, des allgemein verehrten Prinzen Wilhelm (Oheims Sr. Majestät des Königs), welcher vor kaum drei Jahren die geliebte Lebensgefährtin und jetzt den ritterlichen Sohn beweint. Se. K. Hoheit der Prinz Adalbert war an das Sterbelager seines verewigten Bruders von Frankfurt a. M. aus hingeeilt.

— Das auf den 22. Februar festgesetzt gewesene Banket demokratischer Wahlmänner wird an diesem Tage nicht abgehalten werden, weil, wie man hört, der Gen. Wraogel eine beschränkende Anordnung in der Zahl der Theilnehmer traf. Unter den Ursachen der Beschränkung soll das vielleicht zufällige Zusammentreffen des Bankets mit dem Jahrestage des Französischen Reformbankets figuriren. Man hat die Abhaltung bis zum 3. März verschoben, bis wohin man die Aufhebung des Belagerungszustandes hofft.

— Die Vorversammlungen der Wahlmänner der demokratischen Partei des ersten und dritten größeren Wahlbezirks sind am 17. auf Befehl des Gen. Wrangel suspendirt worden und sollen erst dann gestattet werden, wenn Seitens des Magistrats die Nachwahlen ausgeschrieben sind. Im ersten Wahlbezirk ist die Wahl Heinrich Simon's, aus Breslau, und im vierten Wahlbezirk die Bruno Bauer's ziemlich gesichert. Im dritten Wahlbezirk sind in der demokratischen Partei wegen der Wahl des Hrn. Jung Spaltungen entstanden. Der Landrath Reuter und der Ober-Bürgermeister Ziegler haben, nächst Jung wohl die meisten Chancen.

— Die Räume zu den Sitzungen der beiden Kammern werden bis zum Tage der Eröffnung derselben vollständig fertig sein. Das Mauerwerk ist mit heißem Sand und Cement zusammengefügt worden, was sehr befestigt und schnell trocknet.

— Einer Feier des 18. März soll selbst das Ministerium nicht entgegen sein, wenn, wie es heißt, diese in einer erhebenden und versöhnenden Todtenfeier der in den Märztagen gefallenen und im Friedrichshain und auf dem Invaliden-Kirchhof ruhenden Kämpfer bestehen wird.

— Wie sehr der Glaube an Wunder noch im Schwange ist, beweist der Umstand, daß täglich Leidende nach einem Holzhof am Unterbaum pilgern, um dort bei einem zwölfjährigen somnambulen Mädchen Linderung ihrer Leiden zu suchen!

— Unter den hiesigen Tischlergesellen hat sich in neuerer Zeit eine große Unzufriedenheit kund gegeben, welche leicht zu ernsten Demonstrationen gegen ihre Arbeitgeber führen können. Die Gesellen beklagen sich über allzu niedrigen Lohn selbst bei solchen Arbeiten, die für Rechnung der Regierung gefertigt werden, namentlich bei den Arbeiten für die neu einzurichtenden Kammerlokale, so wie bei Kasernen-Arbeiten. Diese Unzufriedenheit nimmt jetzt einen um so gefährlicheren Charakter an, als durch die neue Gewerbe-Ordnung alle Arbeitsvermittelung durch die Hände eines Meisters gehen muß und dem Arbeiter dadurch die Selbstübernahme von solchen Arbeiten abgeschnitten ist. — Eben so drohen die hiesigen Kattundrucker mit allgemeiner Arbeitseinstellung, da die Fabrikanten, früher getroffenen Verabredungen entgegen, sich weigern, eine Anzahl arbeitsloser Drucker neben ihren Maschinen zu beschäftigen. Ueberhaupt führt das in Frage stehende Recht der gemeinsamen Arbeits-Einstellung zu lebhaften Erörterungen im Gewerbestande. Die Arbeiter stützen sich hierbei auf das Associationsrecht und fordern dasselbe für alle Handlungen, zu denen der Einzelne berechtigt ist.

— Man erinnert sich des Prozesses Freiberg-Wedecke, von welchem die Zeitungen seiner Zeit Ungeheuerliches fabelten, und dessen Ergebniß sich in den Sand verlief, ohne daß die aufs Aeußerste gespannte Neugier des Publikums Befriedigung fand. Die beiden Hauptangeschuldigten wurden der Haft, in die sie mit Aufwendung aller polizeilichen Talente und Mittel gezogen waren, ohne Weiteres entlassen. Schon gestern erwähnten wir, daß ein Pariser Handlungshaus die Sache von neuem aufzunehmen gedenkt. Das Interesse des Pariser Klägers hängt zwar nicht unmittelbar mit jener früheren, sich bis in die Höhen unserer Gesellschaft verzweigenden Angelegenheit zusammen, die Verbindung mit jener soll jedoch nahe genug sein, um die Mysterien, die jetzt in den Akten des Kammergerichts vergraben liegen, ans Licht der Oeffentlichkeit zu ziehen. Das Pariser Handlungshaus hat zur Betreibung des Prozesses einen besonderen Agenten nach Berlin entsendet.

— Wie sehr sich gegenwärtig in Berlin die fabelhaftesten Gerüchte jagen, davon führen wir beispielsweise die gestern in der Stadt vielfach verbreitete Nachricht an, daß Frankfurt a. M. brenne, die Paulskirche erstürmt und die Reichs-Versammlung auseinandergesprengt sei.

— Wie sich nicht anders erwarten ließ, hat Preußen auf die Herausforderung der österreichischen Note in der Weise geantwortet, welche der Würde, der Kraft und Stellung des Landes entspricht, und zwar ist die Antwort nicht nach den Eingebungen eines preußischen Partikularismus oder gar einer gekränkten Eitelkeit, sondern im Sinne der deutschen Einheit verfaßt; die betreffende Note wird zunächst in Frankfurt durch Herrn Camphausen übergeben werden. Die Forderungen Preußens an Oesterreich lauten entschieden auf Anerkennung des deutschen Bundesstaates und aufrichtiges Eingehen in denselben, oder auf ein gänzliches Lossagen von ihm, denn es ist unmöglich, daß Preußen es länger mit ansehe, wie der verdeckte österreichische Einfluß in Deutschland alle einheitliche Kraft zerfresse, und uns wehrlos dem Auslande gegenüber blosstellte, in einer Zeit, in der vor allem das Wort gilt: nur Einheit giebt Kraft! Preußen steht gerüstet da, und kann auf sein tapferes und wohldisciplinirtes Heer zählen, und was mehr ist, es wird die Regierung und der König für alle energischen Schritte in Deutschland und dem Auslande gegenüber nicht nur die Sympathie des eigenen Volkes, sondern die entschiedene Zustimmung aller wahren Deutschen für sich haben. (Sp. Ztg.)

— Die Stellung, welche Richter und Justizbeamte in Preußen in Folge der Gesetzgebung vom Januar erhalten haben, wird voraussichtlich unter den Berathungsgegenständen der Kammern in erster Reihe stehen. Außer den Beschwerden der Patrimonialrichter wird in der Justizsphäre eine Collectiv-Petition vorbereitet, welche sich gegen das Recht der Krone, die Präsidenten und Räthe der höchsten Gerichtshöfe zu ernennen, richten soll. Das Gesetz vom 2. Januar legt der Krone dieses Recht bei, der Vorschlag der Candidaten steht aber dem Minister zu. Man will hierin eine Gefährdung der richterlichen Unabhängigkeit sehen.

Stettin, 17. Febr. Einer hier eingegangenen Privatnachricht aus guter Quelle zufolge hat die österreichische Regierung durch ihren Internuntius bei der Pforte, Baron Stürmer, dem Pascha von Aegypten 1 Linienschiff, 3 Fregatten und 1 Dampfboot abgekauft, man sagt für 7 Mill. Frs. Zur Einübung der Mannschaft sollen 150 holländische Steuermänner und 20 holländische Seeoffiziere engagirt werden. Auch wird versichert, im Cabinetsrath zu Olmütz sei beschlossen worden, die österreichische Flotte mindestens bis zur Stärke der französischen zu vermehren. Oesterreich handelt.

Danzig, 17. Febr. In unserer Stadt circulirt eine, von einigen, als Reaktionäre vom reinsten Wasser bekannten, Individuen ausgegangene Petition an den König: Se. Majestät möge die Kammern nicht zusammenberufen, sondern entweder auf längere Zeit vertagen und neue Wahlen, nach einem, dem Besitz günstigeren Wahlmodus ausschreiben; oder endlich, ohne Volks-Repräsentation, regieren, Alles nach Allerhöchstem freien Belieben und Ermessen. Diese Petition soll, so geheim die Sache auch gehalten wird, (man läßt sie nur unter der Hand circuliren, und sendet sie nur Männern von anerkannt conservativer Gesinnung zu) doch schon eine ziemliche Anzahl von Unterschriften zählen.

Braunschweig, den 14. Febr. Der „Deutschen Reichsztg." kommt heute aus dem Amte Vorsfelde folgende Mittheilung zu: „Auch wir erklären, es sehr auffallend gefunden zu haben, daß unser Abgeordneter zur deutschen Reichsversammlung in Frankfurt a. M., Herr Pastor Jürgens, in der Reichsoberhauptsfrage nicht bloß selbst mit dem so allseitig und so bestimmt ausgesprochenen Wunsche seiner Committenten in geraden Wiederspruch sich gesetzt, sondern, um diesen zu verstärken, sogar noch Partei gebildet hat. Auch wir erwarten deshalb mit Bestimmtheit, daß Herr Pastor Jürgens zu rechter Zeit entweder für ein deutsches erbliches an Preußen zu übertragendes Kaiserthum stimmen und wirken, oder aber sein Mandat zurückgeben werde. Amt Vorsfelde: Die Gemeinde Volkmarsdorf, Grafhorst, Groß- und Klein-Sisbeck, Groß- und Klein-Twülpstedt, Papenrode, Rümmer, Nordsteimke, Reißlingen, Velpke, Bahrdorf, Wahrstedt, Meinkoth und die Domäne Neuhaus."

Frankfurt a. M., 16. Febr. 171ste Sitzung der verfassunggebenden Reichs-Versammlung. Tagesordnung: Fortsetzung der Berathung des vom Verfassungs-Ausschusse vorgelegten Entwurfs: „Reichsgesetz über die Wahlen der Abgeordneten zum Volkshause." Gegen 10 Uhr eröffnet der Präsident Herr Ed. Simson die Sitzung.

Löwe von Kalbe erklärt das Wahlgesetz, wie der Entwurf es wolle, für unausführbar. Der Entwurf mache die Arbeit zur Schande. Die von der Theilnahme am Staate ausgeschlossene Klasse werde sich zusammenthun und einen Staat im Staate bilden. Dadurch werde man sich endlich dahin gedrängt sehen, eine der theuersten Freiheiten, das Vereinsrecht, zu verbieten und zwar für die ganze Nation. Der Redner ist der Ueberzeugung, daß durch umfassende Vereinfachung des Staatswesens und durchgreifende Ersparnisse den sozialen Uebeln wirklich geholfen werden könne und entscheidet sich deshalb mit Nachdruck für direkte Wahlen. Die entwickelten Ansichten bekämpft Reichs-Minister v. Beckerath. Wie auf das jugendliche Alter, so müsse auch auf das Maaß der Einsicht in die öffentlichen Angelegenheiten durchaus Rücksicht genommen werden beim Wahlrechte.

Der Redner weist darauf hin, welche Gefahr bei dem allgemeinen Wahlrechte die Freiheit läuft, wie es zu keiner Zeit und unter keinem Volke bestanden habe, und wie die Humanität selbst es fordere, auf einem beschränkten Wahlrechte zu bestehen. Beim Schlusse Beifallklatschen von der Rechten und aus der Mitte, Zischen von der Linken.

Pfeiffer aus Adamsdorf erkennt nur eine Selbstständigkeit an, daß ist die Selbstständigkeit der Gesinnung. Weder das Almosen-Empfangen beraubt nach Pfeiffers's Meinung dieser Selbstständigkeit der Gesinnung, noch will er in dem Dienstbotenverhältnisse ein Wahlhinderniß erblicken.

Staats-Sekretair Bassermann bedauert, daß er unter Handarbeit immer nur die unmittelbare Handarbeit verstehen höre, ähnlich wie die Sozialisten den widerlichen Gegensatz machten zwischen Volk und Bourgeoisie. Gerade das Bürgerthum habe früher als Kern des Volkes gegolten, jetzt aber scheine, um dahin gerechnet zu werden, namentlich erforderlich zu sein: verschuldete oder unverschuldete Unbildung, Verkommenheit und Niedrigkeit der Lebensverhältnisse. Gerade die gebildeteren Stände, gerade die höheren Schichten unseres Volkes hätten wie einst die Zeit der Freiheitskämpfe, so auch in den letzten Jahren durch ihre Thätigkeit in den Kammern, in der Presse und sonst die Gegenwart angebahnt.

Der Redner fährt fort: Nein, die Weltordnung wird nicht anders, und es wird eben, wenn man nicht das verschweigen will, was ein Jeder weiß, doch immer verschiedene Schichten in der menschlichen Gesellschaft geben, und solche wird es geben müssen, die das Banner vorantragen und die Färbung haben. Und eine Masse wird es geben müssen, welche diesen Führern folgt, folgt in einem anderen Sinn, als sie es (zur Linken gewandt) bewirken wollen. Eine Abtrennung der gebildeten, führenden Stände, wäre der größte Frevel, den man an der Zukunft des Vaterlandes ausüben kann. Bei dem wichtigsten Gesetze, über welches wir beschließen können, bei dem Wahlgesetze, sollen wir nicht Maaßregeln ergreifen, daß die Bildung die Geschicke des Staats und des Volkes bestimme? Herr Löwe sagt, wenn nicht das allgemeine Wahlrecht, so werde ein Umsturz den Arbeiterklassen helfen. Ich glaube, auch kein Umsturz kann den sozialen Fragen helfen. Denn ihre Lösung ist weniger durch den menschlichen Willen bedingt, als begrenzt durch die Beschaffenheit der Erde und der sie bewohnenden Menschheit. Der Redner geht dann näher auf die sozialen Aufgaben und die Bestimmung des Staates ein, an dessen Erhaltung und Dauer gerade der Familienvater das meiste Interesse habe. Die Herrschaft der Ouvriers hat Frankreich in kürzester Zeit an den Rand des Abgrunds gebracht. In Belgien hingegen, einem Lande der Industrie, welches Hunderttausende von Arbeitern „ohne Stimmrecht" zählt, ist die Ruhe ungestört und ein Zustand aufrecht erhalten geblieben, auf den der Belgier Europa mit Recht und mit Stolz hinweist.

Es ist Karl v. Rotteck, der im Namen der Freiheit es fordert, daß gewisse Klassen des Volks vom Stimmrechte ausgeschlossen werden. Gegen Rotteck also richten Sie Ihre Angriffe. Nicht die Masse der Köpfe ists, was die Volksvernunft vergrößert, und wie sich der Absolutismus der Republiken und Monarchieen von jeher am sichersten auf die Schwerkraft der ungebildeten Menge gestützt habe, das zeigt Herr Bassermann an den geschichtlichen Beispielen Athen's, Spanien's, Neapel's. Gerade die Länder, wo sich der Volkswille in den freiesten und glücklichsten Erscheinungen offenbart, sind Länder, wo ein Wahlcensus besteht: Engländer, Norweger, Amerikaner, Belgier. Ich will mein Volk nicht einen entgegengesetzten Weg gehen sehen in der Eitelkeit, als wäre es weiser und besser, als alle jene Völker. Ich stimme für den Entwurf des Ausschusses, — sollte dieser die Mehrheit nicht finden, für den Census von 350 Fl. Jahreseinnahme. In dritter Linie endlich würde ich für den Verbesserungsantrag stimmen, nach welchem Stimmklassen eingeführt werden sollen. Hätte ich den populairsten Namen in Deutschland und wüßte, daß ich ihn in einen Fluch verkehrte, ich würde dennoch, um die Zukunft des Vaterlandes zu retten, gegen das allgemeine Wahlrecht stimmen. (Stürmischer Beifall von der Mehrheit des Hauses. Links Zischen und Fußstampfen, was der Präsident als eine Aeußerung rügt, über deren Unschicklichkeit Niemand im Zweifel sei.)

Vogt von Gießen spricht unter gespannter Aufmerksamkeit des Hauses gegen das Wahlgesetz und verschiedene Aufstellungen der Vorredner.

Wenn vorzugsweise die Familienväter bei der Erhaltung des Staats interessirt seien, so solle man sich doch umsehen, wo die meisten Familien und die kinderreichsten zu finden seien. Für die Armen nimmt alsdann Vogt auch das tiefste Familiengefühl in Anspruch. Die Rotteck als Muster hinstellen wollen, sind diejenigen, die an keine Fortentwickelung der Freiheit glauben. Gerade so, mit denselben Gründen, wie man jetzt in Deutschland gegen den vierten Stand eifert, habe zur Zeit der Französischen Revolution der Adel wider das Aufkommen des dritten Standes gesprochen. Einen Census hätten in Nordamerika nur die Sklavenstaaten. Von der Freiheit Belgiens habe man gesprochen, allein warum schwieg man von den weit vorzüglicheren Freiheiten der Schweiz. Auch in Belgien wird die Revolution nur vermieden — durch ein Herabsetzen des Census. Die Majorität des Volks durch die Minorität zu beherrschen, daß sei der Schlüssel zu dem Räthsel des aufgetischten Wahlgesetzes! (Beifall von der Linken.)

Nachdem noch Reichensperger von Trier das allgemeine Stimmrecht als das gefährlichste unter allen gefährlichen Experimenten bezeichnet und die Linke auf die Consequenzen aufmerksam gemacht hat, zu welchen sie selbst durch jenes hingetrieben werden würde, wird die Berathung über das allgemeine Wahlgesetz geschlossen und die Sitzung gegen 2 Uhr Nachmittags aufgehoben.

Frankfurt, den 16. Febr. Die gestern der National-Versammlung durch den Reichs-Justiz-Minister mitgetheilte Zuschrift des Oesterreichischen Bevollmächtigten an das Reichs-Ministerium, d. d. 10. d. M., verbreitet ein helles Licht über die Stellung, welche Oesterreich zur definitiven Deutschen Reichs-Verfassung einzunehmen gedenkt. Nach der Berufung auf die bekannten Erklärungen vom 15. April und 28. December vorigen Jahres folgt die allgemeine Reflexion: „es müsse anerkannt werden, daß Oesterreich sich das Recht der Zustimmung zu allen Beschlüssen der National Versammlung vorbehalten müsse, weil sein Gebiet theils Deutsches, theils nicht Deutsches sei, letzteres aber bei seiner staatlichen Verbindung mit ersterem von allen Veränderungen wesentlich berührt werde, welche die Deutschen Gebietstheile in ihrer Verfassung oder Legislation erfahren." Daß diese Auffassung für die gegenwärtigen Zustände sachgemäß ist, wird gewiß nur von Phantasten bestritten werden; sie behält aber natürlich auch ihre Gültigkeit für alle künftigen Deutschen Parlamente, und überhaupt für so lange, als es einen Gesammtstaat Oesterreich geben wird. Soll nun unter diesen Umständen Oesterreich als Deutscher Staat fortwährend gelten, und nehmen die anderen Staaten gleiche Rechte für sich in Anspruch, so bleibt es also bei der „freiwilligen Vereinbarung", welche man schon in der Wiener Schluß-Akte (Art. LXIV.) den „Beschlüssen" der Bundes-Akte (Art. VI.) zu substituiren wußte; es bleibt beim alten Bundestage, und irgend eine Volks-Vertretung daneben wäre eine vollkommene Widersinnigkeit.

— Die meisten Abgeordneten, welche zugleich für die Preußischen Kammern gewählt sind, hatten gestern eine Zusammenkunft. Sie waren einstimmig der Meinung, daß unter den obwaltenden Umständen, einer petroyirten Verfassung und dem Ministerium Brandenburg gegenüber, eine Vertagung der Preußischen Kammern nicht räthlich sein würde.

— Die Korrespondenz, welche die „Augsburger Zeitung" vom 11. Februar über die Deutsche Marine gebracht, ist der Hauptsache nach unrichtig und verfehlt. — Es darf mit Bestimmtheit versichert werden, daß, wenngleich es unmöglich war, in der kurzen Zeit weniger Monate eine vollständig gegliederte Seemacht herzustellen, doch mehr geschehen ist, als selbst zu einer sehr kräftigen Abwehr erforderlich sein würde. Die rückständigen Monatsbeiträge anlangend, muß jene Korrespondenz dahin berichtigt werden, daß die Marine-Abtheilung mit der Marine-Kasse gar nichts zu thun hat.

— Es werden unter den Soldaten der hier versammelten Reichs-Truppen fortwährend sehr aufregende Proklamationen vertheilt, welche indessen bei diesen nicht nur gar keinen Anklang finden, sondern so-

gar mit Erbitterung zurückgewiesen werden. So hat auch die Freilassung einiger hiesiger Einwohner, welche sehr durch die Ereignisse des 18. September gravirt sind, einen bedauerlichen Eindruck gemacht und dürfte nicht dazu beitragen, bei einem neuen Conflikte die Truppen zur Mäßigung zu stimmen.

Frankfurt a. M., den 16. Febr. Heute ist das nachstehende Bülletin ausgegeben worden: „Im Befinden Sr. Kaiserlichen Hoheit sind seit gestern keine besonderen Veränderungen eingetreten. Die Nacht war durch Husten einige Male unterbrochen. Die Natur der Krankheit läßt nur eine langsame Erholung erwarten; es werden daher für jetzt keine weiteren Bülletins mehr ausgegeben. Dr. Taubes, Kaiserlicher Rath.“

— Wichtig war die gestrige Debatte über die Feststellung der Tagesordnung für die nächsten Sitzungen. In dieser Debatte hat die Koalition der Oesterreicher mit der Linken den Sieg gewonnen. Das Wahlgesetz kommt auf die nächste Tagesordnung. Dadurch ist die zweite Lesung der Verfassung wieder auf einige Tage hinausgeschoben und die Oesterreichische Partei hat die erforderliche Zeit gewonnen, um ihren Verfassungs-Entwurf auszuarbeiten. Derselbe beruht dem Vernehmen nach etwa auf folgenden Hauptgrundsätzen: Die Centralisation der Oesterreichischen Monarchie wird zwar aufgegeben, aber die Verbindung zwischen den Deutschen und Nichtdeutschen Provinzen bleibt eine engere als die bloße Personal-Union. Deutschland wird in 7 Reichskreise getheilt. Davon bildet Oesterreich einen, Preußen einen (16 Millionen!?!), Baiern einen, Würtemberg und Baden einen u. s. w. Das Direktorium besteht aus den 7 Kreishauptleuten. Das Präsidium wechselt zwischen Oesterreich und Preußen. Ein Bundesverhältniß tritt zwischen Deutschland und Oesterreich ein. Oesterreich hält außer den Deutschen Gesandtschaften noch eigene, Preußen natürlich nicht. Die Kritik dieses Entwurfes überlassen wir der Debatte in der Paulskirche, der Deutschen Gesinnung, so weit sie in Deutschland zu finden ist, und dem gerechten Selbstgefühle der Preußischen Volkes.

Frankfurt a. M., den 17. Febr. Der Ausschuß des allgemeinen Deutschen Vereins zum Schutze der vaterländischen Arbeit hat an die National-Versammlung nachstehenden Protest erlassen und an die Arbeiter- und Handwerker-Vereine mit der Aufforderung zum Beitritt versendet: Hohe Deutsche National-Versammlung! Der so eben zur Vorlage gekommene Entwurf eines Reichsgesetzes über die Wahlen der Abgeordneten zum Volkshause enthält in Paragraph 2. sub 3., 4. und 5. Anträge, durch welche dem größeren Theile der arbeitenden Volksklassen die Krone aller politischen Rechte, das Wahlrecht zur Reichsversammlung, entzogen würde. — Als legitimirter Vertreter Deutscher Arbeit und Deutscher Arbeiter hält es der unterzeichnete Ausschuß des allgemeinen Deutschen Vereins zum Schutze der vaterländischen Arbeit für seine Pflicht, gegen Annahme dieser Anträge Namens seiner zahlreichen Committenten Protest zu erheben. — Sollen Deutsche Bürger, welche vor allen andern die materielle Grundlage der bürgerlichen Gesellschaft bilden, durch eine willkürliche Wendung in eine Ausnahmsstellung gebracht werden? Würde man sie dadurch nicht ungerechter Weise mit einer Ehrenstrafe treffen, womit das Gesetz wohl das Verbrechen, gewiß aber nicht die Arbeit belegen darf? — Welche Rücksichten auch die Majorität des Verfassungs-Ausschusses geleitet haben mögen, — wir können keine Gründe zur Annahme jener Anträge finden, die eine Hohe Reichsversammlung nicht allein aus Gefühlen der Gerechtigkeit und Humanität, sondern auch aus Klugheit ablehnen sollte. Anstatt Gesetz und Ordnung zu festigen, würde man durch solche Bestimmungen einer neuen socialen Revolution Nahrung geben. — Einer Hohen National-Versammlung ehrerbietigst: Der Ausschuß des allgemeinen Deutschen Vereins zum Schutze der vaterländischen Arbeit. Der Präsident: Felix Prinz zu Hohenlohe.

— Kürzlich ist hier von Herrn G. Hagen eine Schrift über Deutsches Maß und Gewicht ausgegeben, worin der schwierige Gegenstand mit wissenschaftlicher Sachkenntniß und ungemeiner Klarheit behandelt, und vor dem Französischen System aus unwiderlegbaren Gründen gewarnt wird, weil dieses (wofür es doch im Allgemeinen gehalten wird) weder ein natürliches System ist, weil es auf falschen Voraussetzungen beruht, noch auch leicht ausführbar, weil es zu schwierig ist. Das Volk rechnet bis auf den heutigen Tag anders im Handel und Wandel, als es in seinen Handelsbüchern und vor Gericht thun muß. Selbst der Meßstock, dessen sich der Kaufmann zu bedienen hat, bietet ein doppeltes Maß: auf der einen Seite das nach dem theoretischen Decimalsystem des Meter und auf der andern Seite die Elle nach dem Duodecimalsystem. Die ganzen Zahlen rechnen sich im gewöhnlichen Verkehr nach beiden Systemen gleich leicht; die Bruchtheile aber offenbar leichter nach dem Duodecimalsystem. Wollte man für Deutschland auf das Englische Maß eingehen, welches, wie Herr Hagen bemerkt, auch in Nordamerika, in Rußland und auf fast allen Deutschen Eisenbahnen eingeführt ist, so ist dies ein für Engländer allerdings viel praktischeres als das Französische. Allein die normale Einführung in Deutschland würde schon daran scheitern, daß das Normalmaß beim Parlamentsbrand vernichtet worden ist. Wir haben in Deutschland ein sehr verbreitetes Naturmaß: der Rheinische Fuß. Dieser unstreitig durch die Römer an den Rhein gekommene Griechische Fuß weist auf die Messungen der Babylonier. Die Gelehrten dieses Volkes hatten ein zu großes Bedürfniß, für ihre astronomischen Beobachtungen ein genaues Maaß zu haben, wie man schon an sich vermuthen kann, aber auch durch die Metrologie von Herrn Böckh vollständig bewiesen sieht. Alles geregelte Maß und Gewicht der ganzen alten Welt hatte einen organischen Zusammenhang mit dem babylonischen. Auch noch die alte Aschaffenburger Elle soll die Griechische Elle sein. Am nächsten kommt der Griechischen Elle von den übrigen in Deutschland die Hanauer und die unbedeutend größere Frankfurter. — Das so lange und so weit verbreitete Maß beruhte auf dem Gewichte des Wassers, indem die alten Babylonischen Astronomen ihre Wasseruhren damit in Uebereinstimmung brachten oder umgekehrt. Denn das Wechselverhältniß ihrer Maße und Gewichte lag schon in Natur und Ursprung dieser Metrologie. Es war daher von der Preußischen Regierung der Wissenschaft und dem Leben ein großer Dienst geleistet dadurch, daß sie den Rheinischen Fuß auf eine Weise normirte und in einem solchen Normalmaß darstellte, daß dieses leicht wiederholt werden kann. (O.-P.-A.-Z.)

Frankfurt, den 18. Februar. Die O.-P.-A.-Z. enthält in ihrem amtlichen Theil Folgendes. „Nachstehende, zum Schutze der verfassunggebenden Reichsversammlung und der provisorischen Centralgewalt getroffene, Uebereinkunft wird hiermit öffentlich bekannt gemacht. Frankfurt, 17. Februar 1849. Der interimistische Reichsminister des Innern, H. Gagern. Die Bevollmächtigten bei der provisorischen Centralgewalt Deutschlands für das Kurfürstenthum Hessen, für das Großherzogthum Hessen, für das Herzogthum Nassau, für das Landgrafenthum Hessen-Homburg und für die freie Stadt Frankfurt, sind in Folge geschehener Aufforderung Seitens des Reichsministeriums des Innern und der hierüber erhaltenen Instruktionen Ihrer resp. Regierungen heute zusammengetreten, und haben die Erklärung gegenseitig ausgetauscht, daß den uniformirten Sicherheitsbeamten dieser Länder in jedem der fünf genannten Nachbarlande die Befugniß eingeräumt werde, in dringenden Fällen, und wenn sonst die Flucht einer zu verhaftenden Person zu besorgen stände, die Verhaftung derselben in der nämlichen Weise vorzunehmen, als ob solches in dem eigenen Lande, welchem die betreffenden Beamten angehören, geschehe, und zwar ohne Requisition der Angestellten des Ortes der Verhaftung u. s. w.“

Wien, den 12. Februar. Es jagen sich jetzt die Kouriere, welche theils nach Petersburg, theils nach London gehen. Auf die letzte Aufforderung, den Kongreß in Brüssel zu beschicken, hat man wieder eine ausweichende Antwort gegeben; man will einerseits warten, was Colloredo-Waldsee in London ausrichtet, andererseits will man mit einem fait accompli dem Kongresse entgegentreten, nämlich mit der Einnahme von Venedig. Man wird Malghera nicht mehr cerniren, Venedig nicht mehr belagern, denn man hat berechnet, daß ein Sturm auf Malghera, und nur durch Sturm kann dieses Fort genommen werden, nicht mehr Menschen kosten wird, als eine längere Cernirung, wo die Fieber Tausende hinraffen. Es ist eine erschreckliche Wahrheit, daß wir durch Krankheiten allein in einem Jahre 25,000 Mann in Italien verloren haben. Nach der Aussage von Oberoffizieren kann ein Sturm auf Malghera 3—4000 Mann kosten, und so viel wird man wohl auch von 65,000 Mann, die man vor Venedig zusammenzieht, opfern. Daß der Marschall selbst die Operationen leiten wird, ist bekannt. (O.-P.-A.-Z.)

Wien, den 16. Febr. Die gesammte italienische Armee hat eine Adresse an den Kaiser gerichtet, worin sie bittet, dem Antrage des Reichstages auf Vertretung der Armee in selbem die Sanction zu verweigern.

— Das „Olmützer Blatt“ sagt: „Der gewesene Repräsentant Agoston ist, wie man sich als gewiß erzählt, von Debreczin zurückgekehrt und brachte die Nachricht mit, daß Bem sein Hauptquartier in Herrmannstadt aufgeschlagen habe.“

— Die philosoph. Fakultätsstudien werden nach Ostern d. J. in der Theresianischen Ritterakademie eröffnet. Die Lehrgegenstände sind bedeutend vermehrt; insbesondere erscheinen die Studien über Geschichte und Naturgeschichte, dann die Sprachenkunde berücksichtigt. — Die hier erschienene „Illustrirte Zeitschrift für Stadt und Land,“ redigirt von Schweikhardt, ist eingegangen.

Wien, den 17. Febr. Auf dem Lande, so wie in der nächsten Umgebung von Wien finden so starke Truppenaushebungen statt, daß selbst Männer einer zahlreichen Familie nicht verschont bleiben. Auch in Wien selbst, obgleich diese Stadt Tausende von Freiwilligen gestellt, wird nächstens eine bedeutende Rekrutirung vorgenommen werden, weshalb sich bereits die Commissionen damit beschäftigen, alle männlichen Individuen vom 19. bis 30. Jahre auszuschreiben. — Der Agitator Kossuth hat wegen seiner anhaltenden und zunehmenden Kränklichkeit abgedankt und an dessen Stelle haben sich Madaraß, Nyari und Albert Palfi an die Spitze der Bewegung gestellt. — Die in der letzten „Kundmachung“ Weldens zugesicherte Prämie von 100 Stück Dukaten ist nicht ohne Wirkung geblieben, denn so eben wurde ein böswilliger Frevler eingebracht. Derselbe ist ein auf kurze Zeit beurlaubter Soldat, welcher schon lange zuvor mehrere Raketen verfertigt hatte, um sie nach und nach abzubrennen. Ein Kamerad desselben ist der Denunciant.

Prag, den 16. Febr. Vorgestern langten hier über 150 gefangene Magyaren an, die meist den regulären Truppen angehörten. Sie wurden in verschiedene Kasernen vertheilt. — Eine neue und höchst eigenthümliche Art von Censur ist jetzt bei uns eingeführt. Es befinden sich nämlich 4 Büreaukraten hier, die von der Regierung den Auftrag haben, alltäglich sämmtliche hier erscheinende Zeitungen zu lesen und im Fall selbe etwas gegen die Regierung enthalten, sogleich hiervon an das Ministerium zu berichten und zugleich den Namen desjenigen anzugeben, der einen solchen Artikel geschrieben. Wie es dann solchen Leuten ergehen wird, zeigt uns deutlich das Verfahren mit den Polnischen Journalisten! — Auch unser Klerus gedenkt eine Riesen-Petition an den Reichstag abzuschicken, in der er den Wunsch ausdrückt, es möge, was die Kirche anbelangt, beim Alten bleiben. Zu diesem Zwecke befinden sich alle 3 Bischöfe Böhmens hier.

Von der Siebenbürgischen Grenze, den 14. Februar. Soeben vernehme ich, daß die Russen in Siebenbürgen eingerückt sind; sie wurden von den Sachsen — also vom Volk, gerufen, das sich gegen die vereinigten Schaaren Bem's und der Szekler nicht mehr zu schützen vermochte. (Ll.)

Agram, den 11. Febr. Die Vermuthung, daß Stratimirovic die Veranlassung zur Belagerung von Karlowic gegeben habe, wird nun durch direkte Nachrichten von dort bestätigt. Eine Volksversammlung, in welcher sich jener zum Wojwoden ausrufen lassen wollte, wurde von der Militairautorität aufgelöst, und Hauptmann Biga hatte über Auftrag des Generals Todorovic, dessen Ordre vom Patriarchen mitunterfertigt war, den Belagerungszustand proklamirt; das Central-Comité, an dessen Spitze Stratimirovic als Vicepräsident während der Abwesenheit des Patriarchen gestanden, wurde verabschiedet und eine provisorische Verwaltung für die Wojwodowina vom Todorovic eingesetzt, die natürlich unter dem Schutze der Bajonette gouverniren wird.

12. Februar. Die gestrige Semliner Post brachte nur unerhebliche Nachrichten aus der Wojwodschaft; die Briefe, die man von dort erhielt, erwähnen des weiteren Verlaufes der Dinge nicht, die sich in Karlowic seit der Proklamirung des Belagerungszustandes zugetragen haben. Dagegen meldet die neueste Belgrader Zeitung, daß das Central-Comité nicht aufgelöst, sondern nach Beckerek übersetzt worden sei, wo es seine Funktion fortsetzen werde. Ob der Odbor in Folge selbsteigener Bestimmung, oder auf Befehl des Patriarchen nach Beckerek übersiedelt sei, wisse man nicht, soviel aber sei gewiß, daß die Differenzen zwischen Stratimorovic und Rajacic bereits beigelegt seien und Ersterer sich gegenwärtig bei dem Patriarchen befinde.

Ausland.

Frankreich.

Paris, den 16. Febr. Das Consulu-Corps soll auf's Neue dergestalt umgeschaffen werden, daß die Consuln in Zukunft in die Stellen als Geschäftsträger und bevollmächtigte Gesandten sollen einrücken können.

— Ein portugiesischer und zwei spanische Cardinäle sind auf der Reise nach Gaëta hier angekommen. Der Papst will nämlich alle Cardinäle von Ruf zu einer entscheidenden Berathung um sich versammeln. Die Ereignisse werden freilich der Berathung schon zuvorgekommen sein und letztere unnütz gemacht haben.

— Herr Vilhermé, Mitglied des Instituts, hielt in der Akademie der moralischen und politischen Wissenschaften einen interessanten Vortrag über die Arbeiter-Association vor und nach der Februar-Revolution in Frankreich. Der Moniteur füllt damit drei lange Spalten. Hr. V. schließt mit den Worten: „Der durch weise Gesetze geleiteten freien Concurrenz verdankt Frankreich seit 1789 seinen industriellen Fortschritt, und die Arbeiterklassen, wenn man sie in Masse betrachtet, die Besserung ihrer Lage. Was die absolute Association betrifft, so wäre sie für unsere Arbeiter ein blindes Vertilgungssystem und für Alle eine unaufhörlich gährende Veranlassung zu Sturz und Verarmung.“

— Man spricht von Rücknahme der unter der provisorischen Regierung in Betreff der Adelstitel ergangenen Verfügung. Es sollen fortan zwar keine neuen derartigen Titel verliehen werden, die, welche sie jedoch bereits besitzen, sollen sie, ohne alle weitere Bevorzugungen, fortführen dürfen.

Paris, den 17. Februar. In der Sitzung vom 16. Februar setzte die National-Versammlung ihre Berathung über das Wahlgesetz mühsam fort und kam ohne einen einzigen erheblichen Zwischenfall bis zu Artikel 22. Art. 1 wird in der von der Kommission abgeänderten Form angenommen: Zwölf Tage nach der Promulgation des Gesetzes muß die Wählerliste für jede Gemeinde durch den Maire entworfen sein. Art. 3 erhält gleichfalls eine von der ursprünglichen abweichende Redaktion. In die Liste können nicht eingetragen werden: 1) die Individuen, die ihrer bürgerlichen und politischen Rechte in Folge infamirender Strafen verlustig gegangen sind; 2) Solche, denen die Tribunale auf korrektionellem Wege laut Art. 42 die Ausübung ihrer bürgerlichen Rechte untersagt haben.

— Die verwittwete Königin von Spanien, Marie Christine, steht mit der Familie Bonaparte wegen Verkaufs der Domaine von Malmaison, an die sich zahlreiche Napoleonische Erinnerungen knüpfen, in Unterhandlung.

— Die Ernennung Napoleon Bonaparte's, eines Sohnes von Jérôme, zum Gesandten in Madrid, bestätigt sich. Hr. v. Lesseps, der provisorisch den Posten versieht, soll als Generalkonsul nach Alexandrien gehen, wo er Adolphe Barrot zu ersetzen hätte, der nach Rio Janeiro befördert wird. Letzterer Posten bekommt immer größere Wichtigkeit, was man auch in Deutschland beherzigen sollte.

— Das Journal des Débats berichtet über die Vorgänge in Florenz: Im Circolo popolare ward die Absetzung des Großherzogs, die Bildung einer provisorischen Regierung, wozu der Vorstand des Klubs die Namen bezeichnete, und innige Verbindung mit Rom und der Italienischen Konstituante daselbst beschlossen. In die Deputirtenkammer drang mitten in der Berathung eine zahlreiche Deputation des Klubs ein, welche den Text des vom souverainen Volke formulirten Dekrets überbringt. Bei dieser unerwarteten Demonstration verlassen viele Abgeordnete ihre Sitze und machen sich unbemerkt aus dem Staube. Die Zurückbleibenden begreifen ohne Mühe, daß sie weiter nichts zu thun haben, als das Dekret anzunehmen, das auch ohne Widerspruch votirt wird. Man bringt es in den Senat, der sich gleichfalls unterthänigst beeilt, dasselbe anzunehmen. Die drei vom Volk in die provisorische Regierung Gewählten: Montanelli, Guerazzi und Mazzoni hatten die ganze Komödie mit den Führern des Klubs zum Voraus abgekartet und die Kammer unterließ nicht, denselben das Recht zu ertheilen, die passenden Personen hinzunehmen und eine Regierungs-Kommission zu bilden. Die Kommission hat bereits ein Ministerium ernannt.“ — Die Patrie läßt

sich] gleichfalls aus Florenz schreiben: Die guten Bürger können den Schritt des Großherzogs nur billigen. Seine Stellung war nicht mehr haltbar. Er vermochte nichts mehr und durch seine Anwesenheit schien er seine Zustimmung zu den Trümmern zu geben, die man rings um ihn aufhäufte. Er war buchstäblich der Gefangene seiner Minister, die ihrerseits von dem Pöbel beherrscht werden.

Spanien.

Madrid, den 9. Febr. Der Minister Sartorius hat in der Gaceta vom 7. d. durch den Post-Direktor bekannt machen lassen, daß die Courierpost, welche am 1. von Madrid nach Bayonne abgegangen war, am 2. Abends in der Gegend von Quintanpalla (in der Nähe von Burgos) von 10—12 bewaffneten Reitern angefallen worden sei. Die Räuber ließen die Post eine halbe spanische Meile von der Landstraße abfahren, und steckten dann den Wagen mit den sämmtlichen darin befindlichen Briefschaften und Papieren in Brand.

Großbritanien und Irland.

London, den 16. Febr. In der Sitzung des Unterhauses vom 14. setzte der Handelsminister Hr. Labonchére seine Ausführung zur Begründung der mit den Schifffahrtsgesetzen vorzunehmenden Aenderungen fort. Nach einer im Ganzen wenig belebten Debatte wurde die erste Lesung der Bill genehmigt. Die Erörterung wird erst bei der zweiten Lesung ernst werden. Das Haus bewilligte dann, als Ausschuß der Wege und Mittel, einen vorläufigen Credit von 8 Mill. Pfd. St. auf den consolidirten Fonds. — Früher hatte Sir W. Somerville eine Bill zur Ausdehnung des Wahlrechts in Irland eingereicht. Wer jährlich 8 Pfd. St. Armensteuern zahlt, kann die Parlaments-Mitglieder wählen.

In der Sitzung des Oberhauses am 15 wurden die Bills zur Aenderung des Bankerottgesetzes und des Strafrechts, besonders in Bezug auf die Diebstahlsfragen, zum zweiten Mal gelesen. Die Transportationsfrage wurde dabei besprochen, da Ld. Stanley das jetzige Transportationssystem angriff, und Gr. Grey es vertheidigte. Das Unterhaus konnte, da es nicht vollzählig war, die Zählung vielmehr nur 24 Mitglieder ergab, am 15. keine Sitzung halten.

London, 15. Febr. In der gestrigen Sitzung des Unterhauses kam zuerst der Vorschlag eines Mitgliedes, das Privilegium der Unterhausmitglieder, wonach dieselben wegen Schulden nicht verfolgt oder verhaftet werden können, aufzuheben, zur Debatte. Der Antragsteller Hr. Moffat bemerkte, es sei nicht seine Absicht den Privilegien des Hauses oder der Freiheit seiner Mitglieder von Verhaftungen Eintrag zu thun, sondern er wolle nur das Prinzip der Akte von 1812, welche bankerotte Mitglieder vom Unterhause ausschließt, auf zahlungsunfähige ausgedehnt wissen. Aus der hierauf folgenden Debatte ist nur die Bemerkung eines Mitgliedes, des Herrn Henley, erwähnenswerth, welcher das Haus darauf aufmerksam machte, daß das Privilegium, dessen Abschaffung man hier beabsichtige, mehr das Interesse der Wähler als der Mitglieder im Auge habe, und die Besorgniß aussprach, das Haus könnte durch Ausschließung von Mitgliedern, in welche die Wähler einmal ihr Vertrauen gesetzt, mit den Wahlkörperschaften in Konflikt gerathen. Auf den Antrag des Ministers Sir G. Grey, der einige Amendements dazu zu stellen beabsichtigte, ward die weitere Berathung auf 14 Tage verschoben. — An der Tagesordnung war jetzt der schon in der Thronrede angekündigte Antrag der Regierung auf Reform der Schifffahrtsgesetze. Die interessante und für das Ausland auch materiell sehr wichtige Debatte hierüber behalten wir uns vor, nächstens ausführlicher mitzutheilen. Für heute nur so viel, daß der Antrag des Ministers, „das Haus möge erklären, daß es zweckmäßig sei, die bestehenden Schifffahrtsgesetze zu reformiren u. s. w." angenommen und die Einbringung einer betreffenden Bill gestattet ward.

— Der Expreß erwähnt, in London bilde sich eine Gesellschaft, welche damit umgehe, den Französischen Nationalgarden ihren Besuch zu erwiedern. Mehrere Tausend würden sich zu diesem Zweck in einigen Wochen nach Paris begeben, wozu besondere Hotels und außerdem eigene Dampfschiffe und Spezialzüge auf den Eisenbahnen gemiethet werden sollen.

Belgien.

Brüssel, den 17. Febr. Der zum hiesigen Congreß Bevollmächtigte Oesterreichs, Gr. Colloredo-Walsee, ist gestern hier angekommen, wird sich morgen Abend jedoch auf einige Tage nach London begeben. In dem Augenblick, wo, zur Regelung der italienischen Angelegenheit, dieser Congreß eröffnet wird, theilt der Const. den zwischen der österreichischen und der Mailänder provisorischen Regierung gepflogenen Schriftwechsel, aus der Zeit (Juni v. J.) mit, wo erstere Angesichts der Erfolge des siegreichen Aufstandes, die Unabhängigkeit eines Theiles der Lombardei anerkennen wollte.

Schweiz.

Bern, den 14. Febr. In der Nacht vom 26. Januar wurde von tessinischem Boden auf eine Abtheilung österreichischer Truppen, die in der Nähe bivouakirten, gefeuert. Der General Haller sieht hierin einen Neutralitätsbruch, und führt harte Klage. Die strengste Untersuchung, die Thäter zu finden, ist angeordnet. — Auch die eidgenössische Militär- und Gesetzgebungs-Commission ist nun in der Bundesstadt angekommen und hat ihre Arbeiten begonnen.

Bern, den 14. Febr. Die Regierung von Uri schürt die Flamme noch, der sich der Sturm der Bewegung bemächtigt hatte. Bekanntlich hatte sich jene Regierung dazu hergegeben, an ihrem Hauptorte ein Central-Werbe-Depot für Neapel zu errichten. In zwei auf einander folgenden Beschlüssen jedoch untersagte der Bundesrath nicht nur dieses, sondern verordnete zugleich, daß die abgehenden Rekruten-Transporte, statt wie bisher durch Tessin, über den Splügen geführt würden. Durch Reklamationen wollte Uri seine Sache verfechten, hilft aber wider seinen Willen eine Bewegung nähren, welche unter dem Volke nicht eher ruht, bis die schmähliche Capitulations-Acte mit Neapel zerrissen ist. Zahlreicher werden täglich die Unterschriften unter der Petition, welche in dieser Beziehung im Lande circulirt. Es heißt darin u. A.: „Das Schweizerische Volk weiß, daß die unverzügliche Aufhebung der Militair-Capitulationen der Eidgenossenschaft ziemlich beträchtliche Kosten aufladen wird, allein es zaudert nicht, wenn es entweder Geld oder seine Ehre opfern muß." Die Volks-Vereine, welche einst die reaktionairen Schweizer-Regierungen gestürzt, bemächtigten sich schon dieses Gedankens und werden die in ihrem Anfange unbedeutende Welle zur Woge im Orkan machen, an der leicht das Schifflein unbedingter Brutalität scheitern könnte.

Italien.

Livorno, den 8. Febr. Die italienischen Angelegenheiten werden täglich verwickelter. Heute Mittag erhielten wir die Nachricht von der heimlichen Flucht des Großherzogs Leopold. Wie man vernommen hat, soll er sich von Siena aus, wo er sich seit einiger Zeit mit seiner Familie befand, auf eine im Hafen von Livorno liegende englische Fregatte begeben haben. Der Gouverneur von Livorno, Pigli, machte so eben eine Notification bekannt, worin er sagt, daß die Flucht des Großherzogs den Zustand und die Lage des Landes in Nichts ändere, daß sie dasselbe um einen Schritt zum Ziele weiter bringe, daß der Großherzog sich durch seine Flucht aller seiner Rechte begeben habe, und man sich nun mit Rom verbinden müsse. Alle großherzoglichen Wappen wurden heute um 2 Uhr auf der Piazza d'Arme den Flammen übergeben. Die unteren Schichten der Bevölkerung scheinen über dieses Ereigniß sehr erfreut zu sein. Mazzini ist seit gestern in Livorno und wird wahrscheinlich einige Tage hier verweilen. Sollte er seine Hand nicht im Spiele haben? — Es befinden sich seit einigen Tagen mehrere englische Kriegsschiffe vor dem Livorneser Hafen, um die durch die zunehmende Anarchie immer mehr gefährdeten englischen Handelsinteressen zu beschützen. Die deutschen Mächte haben fast alle Consuln in Livorno, aber keiner hat die Macht, im Nothfall seinen Landsleuten kräftigen Schutz angedeihen zu lassen.

Locales 2c.

Posen, den 21. Februar. Nachdem seit mehreren Tagen der Wasserstand der Warthe variirend war, an einem Tage sich um einige Zoll hob, am andern Tage wieder eben so viele Zolle fiel, was denn auch den Ueberlauf der Schleusen hemmte, sieht man seit gestern wieder ein starkes Anschwellen des Flusses, so daß die Aussicht einer baldigen Wiedereröffnung der Schifffahrt geschwunden ist. — Heute Mittag waren an der Brücke 9 Fuß 9 Zoll.

— Ein Gerücht geht, daß ein vorgestern in einem hiesigen frequenten Gasthof abgestiegener Fremder sich bei verschlossener Thür selbst entleibt habe.

R Mieszkow, den 19. Febr. Gestern wurden in dem nahe gelegenen Zalesie drei Gehöfte ein Raub der Flammen. Wie man erzählt, soll das unvorsichtige Schießen einiger Knaben die Veranlassung zu dieser Feuersbrunst gegeben haben.

Seit einiger Zeit nehmen auf eine empörende Weise die Diebstähle in hiesiger Gegend überhand; so ist es gar nichts Ungewöhnliches, daß vier bis fünf Diebstähle durch Einbruch in einer Nacht verübt werden.

[Für den hier folgenden Theil ist die Redaction nicht verantwortlich]

Czempin, den 18. Februar. Sowohl dem Grafen Herrn Dzialyński so wie auch den beiden Korrespondenten der Posener Zeitung und der Gazeta polska, erlaube ich mir hiermit ergebenst anzuzeigen, daß ich in meinem Leben noch keinen Menschen wegen Stolgebühren verklagt und zum Personal-Arrest gebracht habe. — Alle Diejenigen, welche dies von mir aussagen, sind gemeine Lügner und ihre Lügenprodukte keiner Widerlegung werth

Die Thatsache, welche meine Feinde verdrehen und gegen mich auszubeuten suchen, ist folgende. Im Monat Februar 1847 borgte ich dem Rademacher Kaminski aus Czempin 12 Thlr., um ihn und seine Familie bei der damaligen enormen Theurung vorm Hungertode zu retten. — Wahr ist es, daß demselben später sein Vater und ein Kind starb; aber beide begrub ich — gratis. Nach 2 Jahren, als die Vermögensumstände des Kaminski zu seinem Vortheil sich änderten und ich die moralische Ueberzeugung hatte, daß er jetzt die Schuld von 12 Thlrn. zu bezahlen im Stande sei, mahnte ich denselben und erhielt von ihm, anstatt Zahlung, die gemeinsten Grobheiten, Beschimpfungen und zuletzt die Versicherung, er würde gar nicht zahlen. Die natürliche Folge seines Benehmens gegen mich war die gegen ihn angestrengte gerichtliche Klage und der Personal-Arrest.

Einem Jeden stelle ich es frei, aus dem Vorgesagten sich ein Urtheil über mich zu bilden und versichere, daß ich sowohl vor meinem Gewissen, so wie auch vor dem Richterstuhle Gottes gerechtfertigt da stehe und aus der Menschheit bösen Treiben gegen mich nur einen Beweis mehr für die Wahrheit, daß Undank der Welt Lohn ist, entnehme.

Kottusch, Probst.

Druck und Verlag von W. Decker & Comp. in Posen.
Verantw. Redakteur: C. Hensel.